

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Timo Böhme (AfD)

Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch Linksradikalismus

Der Vorstand des katholischen Sportverbandes Ludwigshafen (DJK SG Concordia e. V.) untersagt dem AfD-Kreisverband die weitere Nutzung seines Vereinsheims Concordia für Bürgerveranstaltungen. Begründet wird diese gegen den Betreiber der Concordia und die AfD gerichtete Absage mit linksradikalen Drohungen auf der Website linksunten.indymedia.org. Man habe sich entschieden, im Sinne der politischen Neutralität überhaupt keine Parteiveranstaltungen mehr zuzulassen. Diese Absage ist nur die jüngste in einer Reihe ähnlicher Vorgänge in Rheinland-Pfalz.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viel Behinderungen und Beeinträchtigungen von öffentlichen Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz durch Linksradikalismus sind ihr im Jahr 2015 und 2016 bekannt geworden?
2. Wie schützt die Landesregierung Betreiber und Besitzer von Gaststätten und Veranstaltungsräumen gegen Drohungen und Übergriffe von Linksradikalen?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um linksradikale Darstellungen und Drohungen auf linksunten.indymedia.org zu unterbinden?
4. Was tut die Landesregierung, um die Zivilcourage der Bürger gegen Linksradikalismus zu stärken?
5. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass linksradikale Kreise keine logistische oder finanzielle Unterstützung durch Parteien oder Gewerkschaften erhalten?

Dr. Timo Böhme